

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Ercheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch
Sonabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich fehlerfrei
Befellungen nehmen alle Postämter und
die Briefträger, die Zeitungsboten und die
Wochenscheine, Torquarstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebs-
störung usw. ersichtlicher Ansporn auf Er-
sicherung beim Rückgang des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für anber-
hald Wohnorte 7 Goldpf., für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil
15 Goldpf., einsch. Umhüllener, Schwieger-
und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburggebüh.

Nr. 86.

Mittwoch, den 28. Oktober 1925.

28. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die deutschnationalen Reichsminister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben haben nach dem Beschluß ihrer Reichstagsfraktion ihren Austritt aus dem Reichstag erklärt. Die übrigen Minister werden vermutlich auf ihren Posten bleiben.
- Die Stadtordnungsarbeiten in Berlin ergaben Rechnergebnisse für kommunizistischen Vertreter auf das Doppelte und Verminderung der vorkommenden auf zwei Drittel. Dadurch ist, zusammen mit den sozialdemokratischen Vertretern, mit einer sozialistischen Stadtordnungsreform für Berlin zu rechnen.
- Nach englischen Stimmen soll die Räumung Kölns nunmehr für Anfang oder Mitte Januar in Aussicht stehen.
- Der Räteröhrat ist in Paris zusammengetreten, um zum griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt Stellung zu nehmen.

Krise im Reichskabinet.

Austritt der Deutschnationalen.

Berlin, 26. Oktober.

Reichskanzler Dr. Luthers unerwartete schon gestern im Laufe des Tages dem Reichspräsidenten von Hindenburg von dem voraussichtlichen Austritt der deutschnationalen Minister aus der Reichsregierung. Spät abends überbrachten die drei Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, veranlaßt durch den Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, dem Reichskanzler ihre Rücktrittsgesuche. Heute nachmittag übernahm Dr. Luthers dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch, nachdem vorher eine Besprechung der Minister stattgefunden hatte, bei der sich die anscheidenden Herren verständigten. Die übrigen Minister haben sich dem Beschlusse nach dahin entschieden, einen Gesamtrücktritt nicht in Betracht zu ziehen, sondern auf ihren Posten zu bleiben. Reichskanzler Dr. Luthers hat dem Reichspräsidenten von dieser Stellungnahme der Minister ebenfalls Mitteilung gemacht. Der Reichskanzler verhandelte im weiteren mit einer Reihe von Parteiführern, auch setzte das Kabinetkabinet die Beratungen fort. Es steht keine Angabe dahin, die antenpolitischen Kreise fortzuführen und dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember das Gesamtergebnis dieser Arbeit zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Eine Reichstagsaufsitzung kommt vorläufig nicht in Frage.
Der für die bisherigen deutschnationalen Reichsminister maßgebende Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde in Anwesenheit von 60 Mitgliedern nach längerer Beratung Sonntag abend gefaßt. Reichsminister Schiele war anwesend, Graf Weizsäcker führte den Vorsitz. Der einstimmig angenommene Beschluß lautete: An Vertag des Reichstages der Reichstagsfraktion vom 21. d. M. und des Reichstagsvorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober billigt die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, nach heute durch die Reichstagsfraktion ihre Entlassung nachzuführen.

Was wird geschehen?

Die durch die teilweise Kabinettsstürze bei der Reichsregierung entstandene Lage betrachtet ein parlamentarischer Mitarbeiter wie folgt:
Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat, wie voranzugehen war, ihre Zustimmung zu der Entschließung des Vorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden ihrer Partei gegeben und damit das Vertragswort von Locarno, wie es vorliegt, abgelehnt. Aus diesem Beschluß haben dann die drei deutschnationalen Reichsminister, die Herren Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, die Folgerungen gezogen, sie haben dem Reichskanzler Dr. Luthers ihr Entlassungsgesuch überreicht. Der Reichskanzler hat dieses Gesuch dem Reichspräsidenten überreicht.
Was wird nun geschehen? Diese Frage läßt sich nicht ganz leicht beantworten, weil eine ganze Reihe von Möglichkeiten besteht, wie das Kabinet die Regierung weiterführen kann. An einen Gesamtrücktritt des Kabinetts Luthers glaubt man zuerst nicht, trotzdem Dr. Luthers parlamentarisch auch für die Weiterführung seiner Politik auf die Sozialdemokratie nicht rechnen kann; das ist von den Organen dieser Partei wiederholt ausgesprochen worden. Technisch denkbar ist natürlich auch, daß die drei erledigten Ministerien vor-

läufig durch Staatssekretäre verwaltet werden, zum mindesten bis zu der Zeit, da der Reichstag zusammentritt, also voraussichtlich dem 19. November. Es ist aber noch gar nicht sicher, ob nicht der Reichsfinanzminister Neuhaus erinnet werden, ihre Ämter vorläufig beizubehalten, weil diese beiden Herren nicht als deutschnationale dem Kabinet begetreten sind — beispielsweise ist Schlieben nicht Mitglied der Partei —, sondern als Fachleute. Beide sind vor ihrer Ministerzeit leitende Beamte in ihren späteren Ministerien gewesen. Aus Kreisen der Mittelpartei, die einen endgültigen parlamentarischen Bruch mit den Deutschnationalen nicht wollen, also vor allem von den Deutschen Volkspartei, wird diese Lösung empfohlen, da dadurch eine bessere Veranlagung der hohen Ministerien möglich wäre und ferner vor allem die Brücken nach rechts nicht ganz abgebrochen würden. Die größere Autorität eines Ministers garantiert zweifellos auch eine straffere und einheitlichere Leitung des Ministeriums, als wenn ein Staatssekretär diese Leitung in der Hand hat; ein derartiger Staatssekretär, der doch die Leitung vielleicht schon sehr bald abgeben muß, würde sich wahrscheinlich hüten, Entschreibungen zu treffen, durch die er den Nachfolger festlegt.
Der Gedanke der Reichstagsauflösung und Neuwahl, der zwar ganz im Vordergrund stand, ist wieder etwas zurückgetreten. Das Ergebnis der Berliner Stadtordnungsarbeiten war, die den Deutschnationalen einige Mandate mehr brachte, der Deutschen Volkspartei dagegen eine überaus große Niederlage zugunsten der Linksparteien bereite, dürfte auf die Entschreibungen des Vorsitzenden dieser Partei, Dr. Stresemann also, vielleicht einwirken in dem Sinne, daß das Ergebnis der Neuwahlen wohl kaum einen Sieg über die deutschnationale Volkspartei bringen würde, sondern bei den keine Schwächung verursachen, vielmehr wie in Berlin nur zu einer Verhärtung der sozialistischen Listen führen würde. Man kann nicht daran vorbeigehen, daß die Kommunisten ihre Mandate in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verdoppelt haben, diese Partei also anscheinend ihren Tiefstand überwunden hat. An der Stärkung der Linksparteien aber haben natürlich Dr. Luthers und Dr. Stresemann kein Interesse, besonders deswegen nicht, weil sich die Sozialdemokratie selbst in der Beurteilung des Ergebnisses von Locarno nicht klar von der Volkspartei sehr klar unterscheiden, sondern auch die ganze Politik Dr. Luthers nicht billigt, auch nicht bezüglich der weiteren Verhandlungen über Locarno.

Daher ist wohl der Gedanke an die Herstellung einer sehr großen Koalition, der gleichfalls namentlich in Zentrumskreisen aufwacht, kaum zu verfechten, weil man sich auch in einer solchen Parteikonfession über Ziel und Methode für die Politik der nächsten Wochen ebensowenig einig wäre wie in der bisherigen Koalition. Es kann also mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß innerpolitisch eigentlich gar nichts geschieht, was das deutsche Volk in seiner Eigenschaft als Wähler berührt, daß vielmehr Luthers und Stresemann hinter sich ein politisch vorläufig nicht anderes was bisher zusammengefügtes Kabinet, ihre Bemühungen fortsetzen werden, aus dem Vertrag von Locarno herauszuholen, was herauszuholen ist, um schließlich dem Reichstag die Frage des Unterzeichnens oder Nichtunterzeichnens vorzulegen. Staatserichtlich liegen ja die Dinge so, daß zwar das Reich durch die Parabbierung und die Unterzeichnung Luthers und Stresemanns noch nicht gebunden ist. Freilich müßten bei einer Abschaltung der endgültigen Unterchrift des Reichstags heute Reichsminister, Minister daraus die Forderungen ziehen, zurückzutreten, weil ein verträglicher Reichstagsbeschlusse nichts anderes als ein Mißtrauensvotum darstellt. Dann bliebe ihnen vor einer derartigen Beschlußfassung nach der Möglichkeit, den Reichstag aufzulösen und in einer Neuwahl das deutsche Volk vor die Frage zu stellen, ob es sich für oder gegen Locarno entscheidet. Technisch möglich wäre es, wenn ein verträglicher Reichstagsbeschlusse noch vom 1. Dezember gefaßt werden könnte, natürlich vor dem 1. Dezember Reichstag stellen müssen, sich aber dann vor den neuen Reichstag stellen müssen, der das Schicksal des Kabinetts nicht nur, sondern auch des von Locarno entschiedenen wird.

Die deutsche Mehrheit gebrochen.
Die Stadtordnungsarbeiten, die am Sonntag in Berlin stattgefunden haben, haben der Reichstagsfraktion eine rote Mehrheit gebracht, wenn diese auch nur klein ist. Die bisherige Veranlagung setzte sich aus 110 Vertretern der sozialistischen Parteien und 115 Vertretern der nichtsozialistischen Richtungen zusammen; nach den Neuwahlen verfügen die sozialistisch eingestellten Parteien über etwa 119 Stimmen, denen 106 Stimmen der bürgerlicher Parteien gegenüberstehen. Allerdings steht es noch nicht fest, ob es zu einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kommen und ob sich überhaupt die Erringung der Mehrheit der sozialistischen Parteien auswirken wird.
Am einzelnen werden in der neuen Stadtordnungsversammlung im Berliner Rathaus erhalten: die Sozialdemokratische Partei etwa 74 Sitze (bisher 48 und 44 früherer Unabhängige), die Deutschnationale Volkspartei etwa 47 (bisher 42), die Deutsche Volkspartei etwa 13 (bisher 35), die Kommunisten etwa 42 (bisher 20), die Demokratische Partei etwa 21 (bisher 17), die Christlichsozialistische Partei 9 (bisher 12), die Zentrumspartei 7 (bisher 8), die Unabhängigen Sozialdemokraten 3, die Deutschsozialistische Freiheitspartei 3, die Deutschsozialistische Partei 3 (bisher 1), Evangelischer Gemeinschaftsverband 2 (bisher 0).
Am besten haben bei den Wahlen die Kommunisten abgeholt, die ihren Besitzstand in Berlin, einer ihrer Hochburgen, mehr als verdoppeln konnten. Ebenso hat die Rechte etwas gewonnen, da außer dem Mandatszuwachs der Deutschnationalen auch die Wichtigen, die Deutschsozialisten und der Evangelische Gemeinschaftsverband an Stimmen gewonnen haben. Auch die Demokraten haben einen Stimmenzuwachs erfahren, während die Deutsche Volkspartei am schlechtesten bei den Wahlen abgekommen hat, da sie fast zwei Drittel ihrer Mandate eingebüßt hat. Die Wahlberechtigung betrug etwa 60 Prozent.

Blutige Zusammenstöße.
Während des Wahltages ist es an mehreren Stellen Groß-Berlins zu blutigen Zusammenstößen zwischen den

Verantwortlichen" gegen die Idee, den Vertrag von Locarno ohne die Deutschnationalen vor Auflösung des Reichstages zu verabschieden. Das Blatt schreibt: „Das Zentrum wird in einen Finger breit von der Linie seiner Verfassungsverpflichtung abweichen. Es wird unter allen Umständen den Geist von Locarno wachhalten, wird sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzen, daß die Verwirklichung Europas möglichst bald zur Tatsache wird. Aber dem Wortlaut des Vertrages von Locarno wird und kann es nur zustimmen, wenn auch seine Väter, die Deutschnationalen, mit bei der Partei sind. Findet der Vertrag keine Mehrheit, die von Weizsäcker bis Breitscheid reicht, dann kann die der Reichstag das Problem Locarno nicht lösen. Und wenn es zur Befragung des Volkes kommt, werden wir dafür sorgen, daß die Situation nicht durch die Fragestellungen wie: „Für oder gegen Locarno“ verwirrt wird.“

Wann wird Köln geräumt?

London, 26. Oktober.

Das Blatt „Daily Express“ läßt sich aus Köln melden, es hoffe für dieses Jahr keine Aussicht auf Räumung des Kölner Brückenskopfes. Eine Entsendung des Wiesbadener Gebiets, in das die Befragung überdeckt soll, werde wahrscheinlich diese Woche beginnen. Es behalte die Hoffnung, wenn der Generalpost im Dezember unterzeichnet worden sei, die Räumung Mitte Januar beginnen zu lassen. Gleichzeitig werde keine große Verminderung in der Stärke des britischen Besetzungsheeres vorgenommen werden, da es bereits unter der im Versailles-Vertrag festgelegten Stärke liege.
Dazu sagt der amtliche englische Funkdienst: „Die Nachricht, daß der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte in Köln angewiesen worden ist, beschleunigte Vorkehrungen für die Räumung dieser Stadt zu treffen, hat in London allgemeinen Beifall gefunden. Die Bedeutung der Räumung erfordert natürlich einige Zeit, aber wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, kann damit gerechnet werden, daß die Räumung am Anfang des neuen Jahres durchgeführt sein wird. Da die Rheinlanabsehung eine Angelegenheit der Alliierten ist, wird sich England auch weiterhin daran beteiligen. Die im Rheinland verbleibenden Truppen sollen in die Gegend von Wiesbaden verlegt werden, wo man sie neben den französischen unterzubringen hofft.“

Die Wahlen in Berlin.

Die deutsche Mehrheit gebrochen.
Die Stadtordnungsarbeiten, die am Sonntag in Berlin stattgefunden haben, haben der Reichstagsfraktion eine rote Mehrheit gebracht, wenn diese auch nur klein ist. Die bisherige Veranlagung setzte sich aus 110 Vertretern der sozialistischen Parteien und 115 Vertretern der nichtsozialistischen Richtungen zusammen; nach den Neuwahlen verfügen die sozialistisch eingestellten Parteien über etwa 119 Stimmen, denen 106 Stimmen der bürgerlicher Parteien gegenüberstehen. Allerdings steht es noch nicht fest, ob es zu einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kommen und ob sich überhaupt die Erringung der Mehrheit der sozialistischen Parteien auswirken wird.

Am einzelnen werden in der neuen Stadtordnungsversammlung im Berliner Rathaus erhalten: die Sozialdemokratische Partei etwa 74 Sitze (bisher 48 und 44 früherer Unabhängige), die Deutschnationale Volkspartei etwa 47 (bisher 42), die Deutsche Volkspartei etwa 13 (bisher 35), die Kommunisten etwa 42 (bisher 20), die Demokratische Partei etwa 21 (bisher 17), die Christlichsozialistische Partei 9 (bisher 12), die Zentrumspartei 7 (bisher 8), die Unabhängigen Sozialdemokraten 3, die Deutschsozialistische Freiheitspartei 3, die Deutschsozialistische Partei 3 (bisher 1), Evangelischer Gemeinschaftsverband 2 (bisher 0).
Am besten haben bei den Wahlen die Kommunisten abgeholt, die ihren Besitzstand in Berlin, einer ihrer Hochburgen, mehr als verdoppeln konnten. Ebenso hat die Rechte etwas gewonnen, da außer dem Mandatszuwachs der Deutschnationalen auch die Wichtigen, die Deutschsozialisten und der Evangelische Gemeinschaftsverband an Stimmen gewonnen haben. Auch die Demokraten haben einen Stimmenzuwachs erfahren, während die Deutsche Volkspartei am schlechtesten bei den Wahlen abgekommen hat, da sie fast zwei Drittel ihrer Mandate eingebüßt hat. Die Wahlberechtigung betrug etwa 60 Prozent.

Blutige Zusammenstöße.
Während des Wahltages ist es an mehreren Stellen Groß-Berlins zu blutigen Zusammenstößen zwischen den

Mit großer Entschiedenheit treiben wir die Erneuerung der Zentrumspolitik an.
8. Okt. 26. Oktober.
Stimme aus dem Zentrum.

Kunstliche Berliner Auktionen vom 26. Oktober. * Warenbericht. Die nun innerpolitische Situation, wie sie durch die Rabinetsumstellung gegeben ist, wurde an der Börse ungünstig beurteilt; es kam zu teilweise nicht unerheblichen Kurseinbrüchen, im übrigen war die Börse völlig luftlos.

feindlichen Parteien bekommen. Am schärfsten verlief eine Schlägerei zwischen Deutschnationalen und Kommunisten, die eine Viertelstunde andauerte.

Linsensmehrheit in Landsberg a. d. W.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Landsberg a. d. Warthe, die ebenfalls am Sonntag stattfanden, haben die Rechtsparteien, die bisher mit 21 Sitzen die Mehrheit hatten, 5 Sitze verloren.

Landtagswahlen in Baden.

Geringe Wahlbeteiligung. - Kleinerer Landtag. In Baden haben am Sonntag Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Nach dem amtlichen Ergebnis wird der Landtag 72 (bisher 86) Abgeordnete zählen.

Insgesamt wurden in dem ganzen Lande 770 041 (901 670 im März 1921) gültige Stimmen abgegeben. Davon erzielten Zentrum (84 488), Sozialdemokraten 160 533 (231 613), Demokraten 60 842 (76 234), Reichsbund 93 727 (151 125), Deutsche Volkspartei 72 882 (54 426), Kommunisten 47 304 (35 375), Wirtschaftliche Vereinigung 22 858 (11 429) Stimmen.

unterwerfen und ihre Kruppen zurückzuziehen. Das Zurückziehen der Kruppen werde möglichst rasch erfolgen, wenn die Bulgaren ihr Feuer auf die Griechen und namentlich gegen den Grenzposten Nr. 29 einstellen, den Griechenland östlich wegen des ständigen Untererhaltens nicht wieder hätte einnehmen können.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen. Die deutsche Volkschaft in Madrid hat vor einiger Zeit mit der spanischen Regierung die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen deutsch-spanischen Handelsvertrages wieder aufgenommen. Über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen wird gemeldet, daß sowohl die deutsche als auch die spanische Regierung von dem anstrengten Wunsch befehle sind, zu einem erfolgreichen Abschluss zu gelangen.

Kriegsminister a. D. Wild v. Hohenborn gestorben. In Kassel ist nach kurzer Krankheit der Kriegsminister a. D. Wild v. Hohenborn gestorben. Der Verstorbene war noch in den letzten Tagen an den Beratungen der Deutschen Volkspartei in Berlin beteiligt gewesen.

Aus In- und Ausland.

Dortmund. Anlaßlich einer hier von der Polizei vorbereiteten Hitler-Versammlung kam es zwischen Polizei, Hitler-Anhängern und Kommunisten zu blutigen Zusammenstößen. Mehrere Hitler-Anhänger, bei denen Waffen gefunden wurden, wurden verhaftet.

Basel. Bei der Volksabstimmung in der Schweiz über eine Veränderung des Verfassungsrates 69, nach der die Kontrolle über den Finanzetat der Bundesregierung auf ein Komitee übertragen werden sollte, wurde das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Paris. Nach einer Meldung aus Madrid wird aus Mexiko berichtet, daß die amerikanische Armee in dem mexikanischen Grenzgebiet gegen die Aufständischen eine Offensive eingeleitet hat.

Paris. Nach einer Meldung aus Jerusalem sollen die französischen Behörden von den Verhältnissen in Damaskus eine Entscheidung von 17 Millionen Franc für die bei den jüngsten Bombardierungen angerichteten Schäden sowie die Auslieferung von 3000 Gewehren binnen sechs Tagen gefordert haben.

Paris. Hinsichtlich der bevorstehenden Einführung der Skizzen für die neue Eisenbahn- und Straßenkarte wird berichtet, daß diese nur für die Berechnung von Daten im öffentlichen Leben geplant ist, während für die religiösen Feste der mohammedanischen Kalender beibehalten werden soll.

5. Kapitel. Aber als er eine Woche später wieder bei Lena sitzt in der dämmerigen, lachmüdenen Atmosphäre und ihr die Vorschläge der Kreuzwirtin mitteilt, erlebt er die erste Enttäuschung.

Sie will nicht fort von der Ranzl und ins Kreuzwirtschhaus zu allererst! Warum? Sie schweigt lange. Dann murmelt sie zaghaft: „Ich mein — es läte kein, daß Leben zwischen ihr und mir. Sie mag mich nit.“

„Sie will dich halten, wie eine ihrige Schwester!“ „Das sagt sie — dir! Ich weiß es besser. Ewig und ewig nit wird mir die Kreuzwirtin verzeihen, daß du mich gern haßt!“

„Das hildest dir ein! Sie ist eine Gute, die Schwägerin!“ Darauf schweigt Lena wieder. Er fährt — etwas ängstlich — fort: „Schau — dein konnte ich dich viel öfter sehen als bei der Ranzl. Aberhaupt die Ranzl! ... ich mag sie nit! Auskäusen tut sie dich auch.“

„Dafür habe ich Kost und Quartier.“ „Das häßte im Kreuzwirtschhaus auch und brauchtest nit zu schaffen wie eine Wagh!“

„Grab darum!“ sagt sie, und gives rote Flecken erscheinen auf ihren bleichen Wangen. „Schönens kann ich jetzt nit so viel wie sonst, und Geschenktes mag ich nit von der Kreuzwirtin!“

Eine Pause tritt ein. Zum erstenmal ärgert sich Hiesel über Lena. Nach einer Weile fragt er kurz: „Nacher magst auch nit auf die Woser-Alm im Sommer?“

„Ich bin der antzwicklichen Kiste, woschen ebenfalls Ströme, die in den letzten Tagen 21 Todesopfer forderten. In Baltimore wurden anlässlich der Beerdigung um den Schneider-Botal von den verarmten internationalen Singesungen 19 Losgerien; das nächste erlitten völligen Bruch.“

1000 Berlentischer ertrunken. Erst jetzt treffen nähere Meldungen über die Inflationkatastrophe im Persischen Golf ein.

Table with 3 columns: Item, Price, and another Item. Items include Wheat, Rye, Corn, etc.

Table with 3 columns: Item, Price, and another Item. Items include Wheat, Rye, Corn, etc.

Sturmkatastrophe in Amerika.

Zahlreiche Todesopfer. Das schwere Unwetter, von dem in diesen Tagen die verschiednen Teile der Welt heimgesucht worden sind, hat viele Opfer gefordert.

Das schwere Unwetter, von dem in diesen Tagen die verschiednen Teile der Welt heimgesucht worden sind, hat viele Opfer gefordert. Die Vereinigten Staaten, die noch unter den Schäden der letzten Tornadoblasten oberhalb, sind abermals von verheerenden Stürmen überfallen worden.

Erst jetzt treffen nähere Meldungen über die Inflationkatastrophe im Persischen Golf ein. Die Zahl der Opfer beträgt nicht, wie es in dem ersten Hinweis hieß, 7000, sondern nur 1000.

Zusammentritt des Völkerbundes.

Vor Beilegung des Konfliktes? In Paris ist der Völkerbund zur Beilegung des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles zusammengesetzt. Frankreich ist durch Briand, England durch Chamberlain, Italien durch Scialoja vertreten.

Die Meldungen aus Sofia und Athen über den augenblicklichen Stand an der Grenze sind die gleichen geblieben. Aus Sofia wird gemeldet, daß die Griechen das Feuer noch nicht eingestellt hätten und außerdem plündern. Athen behauptet in einer Note an den Völkerbund, daß die griechische Regierung einverstanden sei, sich dem Schlichterspruch des Völkerbundes zu unterwerfen.

Der Kreuzhof.

Bauernroman aus der Vorkriegszeit von Erich C. v. ... 27. (Nachdruck verboten).

„Mußt nit so versagt sein, Hiesel. Schau, ich seh's ja ein, es ist hart für euch jetzt. Aber wenn ich dir auch dein Geld mit der Ranzl...“

Er blüht auf, als träte er seinen Ohren nicht. „Das wollest wirlich tun, Martina?“

„Gähle Mai, denke ich.“

„Na also. Das post' ja ganz ant. Da könnte die Lena im halben Zunt hinaus auf die Woser-Alm und könnte das Stein...“

„Selt ist es wahr! Aber taugen tu ich nit dazu.“

„Statt den vier Kronen, was dir der Solameister bez...

„Selt ist es wahr! Aber taugen tu ich nit dazu.“

„Statt den vier Kronen, was dir der Solameister bez...

„Selt ist es wahr! Aber taugen tu ich nit dazu.“

Wurden die Anken Sandham und Lambart von einem heftigen Seeboden heimgejagt. Gleichzeitig mit der durch das Seeboden einfindenden Flutwelle setzte ein furchbarer Anstrom ein. Die britischen Kanonenboote, die die Perlenfischerei überwachen, versuchen, die Entrentenden zu retten, was aber nur in den wenigsten Fällen gelang. Fast die gesamte Flotte der Perlenfischer von mehr als 200 Schiffen und Booten liegt nun als vertrieht an.

Amtlicher Teil.

Betr. Vorbereitung der bevorstehenden Wahlen zum Provinziallandtag.

Auf Grund meiner Ernennung zum Provinzialwahlleiter bestimme ich folgendes:

Die Bezirkswahlvorschläge sind bis zum **Sonntag, den 8. November ds. Js.**, mitternachts 12 Uhr, an den Unterzeichner schriftlich einzureichen; eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätere am 11. November eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.
Merseburg, den 19. Oktober 1925.

Der Provinzialwahlleiter.

ges.: Dr. Hübener, Landesoberhauptmann.

Veröffentlicht: Annaburg, den 26. Oktober 1925.

Der Gemeindevorstand.

Wahlvorschlag zur Kreisstadtwahl.

Auf Grund des § 111 der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinzial-Landtagen und Kreistagen fordern wir hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlägen bei den Vorständen des Kreisraussschusses als den Vorständen des Wahlraussschusses auf.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am Sonntag, den 8. November 1925, einzureichen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine, spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

Die Zahl der zu wählenden Kreisstadtsabgeordneten ist auf 25 festgesetzt.
In dem Wahlvorschlag sollen die Bewerber mit Vor- und Zunamen aufgeführt und ihr Stand, Beruf sowie ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und müssen ihren Wohnort im Kreise Torgau haben.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 10 im Kreise Torgau Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Ein und dieselbe Person soll nicht mehrere Wahlvorschläge unterschreiben. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Standes oder Berufs und ihrer Wohnung beifügen. Die Unterschriften müssen bis zum Ablauf der Einreichungsfrist vollständig vorliegen; andernfalls ist der Wahlvorschlag unzulässig; eine Mängelbeseitigung findet nicht statt.

Nach Ablauf der Einreichungsfrist kann eine Unterschrift unter dem Wahlvorschlag nicht mehr zurückgenommen werden.

Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in den Wahlvorschlag zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am 3. Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist; die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzureichen.
2. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes (Gutsbesitzes), daß die Bewerber am Wahltag den 25. Lebensjahre vollendet haben, Wahlberechtigte sind, ihren Wohnort im Kreise Torgau haben und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes (Gutsbesitzes), daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste eingetragen oder mit einem Wahlschein versehen sind.

Der Gemeindevorstand (Gutsbesitz) hat die Bescheinigungen auf Antrag gebrüderfrei auszustellen.
Die Wahlvorschläge können eine beliebige Zahl von Bewerbern enthalten.

In jedem Wahlvorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezichtigt werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorstände des Wahlraussschusses berechnungsfähig sind. Erst diese Bezichtigung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter. Erst nach dieser Bezichtigung ist der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmanns oder Stellvertreters, sobald die Erklärung dem Vorstände des Wahlraussschusses zugeht.
Jeder Wahlvorschlag hat den Namen der Partei oder Vereinigung, von der er aufgestellt ist, als Kennwort (Parteiemerkwort) zu tragen.

Werben von Angehörigen ein und derselben Partei oder Vereinigung mehrere Wahlvorschläge aufzustellen, so ist das Parteikennwort nur dann zulässig, wenn die Vertrauensmänner sämtlicher Wahlvorschläge dieser Art damit einverstanden sind. Andernfalls müssen alle Wahlvorschläge bis auf einen, einen Zufuß zum Parteikennwort erhalten, der die einzelnen Wahlvorschläge deutlich voneinander unterscheidet; als unterscheidendes Zufuß kann der Name des ersten Bewerbers dienen. Kommt eine Einigung hierüber nicht zustande, so bestimmt der Wahlausschuss die erforderlichen Zufüße.

Wahlvorschläge verschiedener Parteien oder Vereinigungen dürfen nicht, das Parteikennwort tragen. Wird ein Mangel in dieser Beziehung nicht bis spätestens zum zweiten Tage vor dem Wahltag behoben, so dürfen nur die Wahlvorschläge einer der Parteien oder Vereinigungen zugelassen werden; welcher Partei oder Vereinigung, beschließt der Wahlausschuss.

Eine Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig.
Torgau, den 21. Oktober 1925.

Der Kreisraussschuss. Wehr.

Veröffentlicht: Annaburg, den 28. Oktober 1925.

Der Gemeindevorstand. Senze.

Locales und Provinzielles.

Wichtig für Hypothekenschuldner. Die Anzahlung der Hypothekenzinsen kann für Schuldner zu großen Unannehmlichkeiten führen. Der Gläubiger kann, wenn der Schuldner am 1. August seiner Zinsverpflichtung nicht nachgekommen ist, sofortige Rückzahlung der Hypothek fordern. Es ist durchaus unzutreffend, wenn angenommen wird, daß das Aufwertungsgefeß durch die Bestimmung im § 25, nach der vor dem 1. Januar 1932 keine Verpflichtung zur Zahlung des Aufwertungsbeitrages besteht, den Schuldner gegen Zwangsmaßnahmen des Gläubigers schützt. Im zweiten Satz des § 25 heißt es ausdrücklich: „Vorschriften in Gesetzen, Satzungen oder Verträgen, die für besondere Fälle eine vorzeitige Fälligkeit der Schuld anordnen, bleiben unberührt.“ Wir können deshalb den Hypothekenschuldnern nur dringend raten, die Zinsen pünktlich zu entrichten. Der Zinssatz beträgt für das erste Halbjahr 1925 1,2 Prozent, für das zweite Halbjahr 2,5 Prozent p. a.

Anfall des Schulunterichts am Reformationsstage. In evangelischen Kreisen ist der Wunsch nach einer einheitlichen Regelung der Frage des Unterrichtsrausalles am Reformationsstage herorgetreten. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat sich für dieses Jahr damit einverstanden erklärt, daß in allen ihm unterstehenden Schulen für die evangelischen Lehrer und Schüler, die an diesem Reformationsfest an einem Gottesdienst teilnehmen, der Unterricht ausfallen darf. Für die Feiern der Schule aus Anlaß des Gedenktages der Reformation verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

— **Annaburg.** Am Samstag soll zur Feier des Reformationsfestes ein Abendgottesdienst in der Dorfkirche gehalten werden, auf den wir heute hinweisen. In diesem Jahre handelt es sich gleichzeitig um die Erinnerung an die vor 1600 Jahren abgehaltene große Kirchenversammlung zu Nicäa und um die Kircheneinweihung zu Sodholm, über die berichtet werden soll. Die Provinzialynode in Merseburg hatte die Bedeutung des Reformationsfestes in unserer Provinz besonders betont; darum hat unser Gemeindeführer entschlossen, hier diesen Tag durch einen Abendgottesdienst zu feiern. Öffentlich findet der Gedanke bei unserer evangelischen Bevölkerung Anklang um die zunehmende Bedeutung der Kirche in unserer Zeit auch unterseits zu fördern.

Annaburg. Betreffs Provinziallandtags- und Kreisstadtwahlen. In seiner heutigen Bekanntmachung weist der Gemeindevorstand auf die Auslegung der Wählerlisten zu den am 29. November d. Js. stattfindenden Provinziallandtags- und Kreisstadtwahlen hin. Die Wählerlisten sind nach dem Stande vom 1. Oktober d. Js. neu aufgestellt. Es dürfte sich daher für jeden Wähler empfehlen, die Wählerlisten einzusehen, ob sein Name darin vermerkt ist. Die Auslegungsfrist ist auf 2 Wochen festgelegt, nach Ablauf des 7. November d. Js. können Berichtigungen bzw. Nachtragungen nicht mehr erfolgen. Nach dem neuen Geleße können auch Wahlstheine ausgefüllt werden.

Annaburg. Am vergangenen Sonntag tagte im Gasthof zur „Neuen Welt“ die diesjährige Generalversammlung des Konsum-, Produktiv-, Spar- und Bauvereins; dieselbe war sehr fruchtbar und gut besucht. Zum 1. Punkt gab der Geschäftsführer bekannt, unter anderem wies er darauf hin, daß von einem Preisabschau in Lebensmitteln sowohl als auch in Gebrauchsgegenständen, insbesondere in Textilwaren, nicht die Rede sein kann; im Gegenteil es werden sich verschiedene Auslandswaren durch die erhöhten Zölle noch erhöhen. Die Löhne haben gegenüber den gesteigerten Lebensmittelpreisen nicht standgehalten und die logische Folge war, die verminderte Kaufkraft der unteren Volksschichten. Der Umsatz betrug im Berichtsjahre in der Verkaufsstelle Annaburg 185.595,85 M., in der Verkaufsstelle Herzberg 82.508,99 M. Der Gesamtumsatz betrug mithin 268.104,84 M. Die Sterbefälle wurde auch verhältnismäßig in Anspruch genommen, an Sterbefällen schiedten sich 10 Proz. vom Umsatz und haben an einzelne Mitglieder schon bis zu 65 M. ausgeschüttet. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 81.360,60 M. ab. Der Reingewinn beträgt 4180,39 M. und wird wie folgt an die einzelnen Fonds überwiesen: An den Reservefond 2500 M., Sterbefond 800 M., Dispositionsfond 880,39 M. An Dividende verteilen wir 5 Proz. und kommt diese am 8. und 9. Dezember mit 13.405,20 M. zur Auszahlung, einzelne Mitglieder erhalten bis zu 60 M. Dividende. Nachdem die Wahlen erledigt waren, wies der Vorsitzende zum Schluß nochmals darauf hin, daß alle Mitglieder ihren ganzen Bedarf reiflich in ihrem eigenen Geschäft decken sollen, damit sie alle die Vorteile genießen, die der Konsumverein ihnen bietet.

Annaburg. Am Sonntag, den 1. November bringt der Theater-Dilettantenklub „Thalia“ im Goldenen Ring „die Ehre“ von Hermann Sudermann zur Aufführung. Der Verfasser der Romane „Frau Sorge“, „Der Kaptenitz“ und „Das hohe Weib“ wird uns hier als Dramatiker gezeigt. Sudermann, ein Sohn aus dem Volke, lernte frühzeitig in seinem elterlichen Hause den Kampf ums Dasein kennen. Er wurde zunächst Hauslehrer, dann Akademiator eines kleinen Blattes. Seine Novellen und Dramen fanden zunächst keine Beachtung, bis ihn plötzlich 1889 das Schicksal „die Ehre“ ungeahnten Erfolg eintrug. Dieses bedeutendste Werk Sudermanns geht von der verschiedenen Auffassung des Begriffes „Ehre“ bei den verschiedenen Ständen aus. Der in Hinterhause wohnende invaliden Heinde läßt sich die Ehre seiner Tochter, von dem Kommerzienratssohn Egerne mit einigem Aufwand Markt beschaffen. Dafür haben Heinde und die Familie des Kommerzienrats Mühsal zu ertragen. Die Familie des Kommerzienrats Mühsal hält auf Realistensere. Man findet nicht bei, daß der Sohn das Mädchen verlobt, man möchte auch gerne die eigene Tochter zu einer Geliebten machen. Diese ist ein Engel. Sie will alles wieder gut machen und verliebt sich in Heindes Sohn, der Angehört der Mühsals ist, und ein Mann von Ehre, aber von weltlicher Ehre ist. Durch das Dazwischenreten des Grafen Doal, erhalten die sich Lebenden auch den Segen des Kommerzienrates. Sudermann ist ein hervorragendes Talent. Die weltliche bewegte Handlung reizt alle Zu-

hörer vorwärts, daher ist der Besuch der Aufführung dringend zu empfehlen. Es wird darauf hingewiesen, daß mit der Aufführung wegen der Länge des Schauspiels pünktlich $\frac{1}{8}$ Uhr begonnen werden muß. Ähnliches Geschehen liegt also in erster Linie im Interesse des Publikums selbst.

Torgau. Die letzte Schwurgerichtsperiode in diesem Jahre beginnt am kommenden Dienstag, 27. Oktober, und sind Verhandlungen auf die Dauer von fünf Tagen vorgezogen. Den Vorsitz führt Landgerichtsbevollmächtigter Dr. Freytag vom Landgericht Torgau. Am 27. Oktober, vormittags 9 Uhr, wird in der Morbsache gegen den Dentisten Georg Conzentius aus Annaburg verhandelt werden, nachmittags 2 Uhr sieht eine Sache wegen Toichlags gegen den Tischler Hermann Saro aus Wüdenbain an. Der zweite Sitzungstag wird durch die Morbsache des Feldhülers Hans Karow aus Züllsdorf in Verbindung mit dem Landwirt Wilhelm Streubel aus Döhlen ausgefüllt werden. Am 29. Oktober stehen gleichfalls zwei Sachen zur Verhandlung an und zwar vormittags 9 Uhr eine Anklage wegen versuchten Toichlags gegen den Arbeiter Alfred Schulte aus Wüdenbain, dann 11 $\frac{1}{2}$ Uhr eine Meineidsache gegen die Ehefrau Rosine Thron aus Plessa. Zwei weitere Meineidsachen sind zwar gegen die Hauswirts Frieda Richter aus Stolzenbain und den Arbeiter Johann Ruffa aus Raundorf bei Lauchhammer gelangen am 30. Oktober zur Verhandlung. Am 31. Okt., dem letzten Verhandlungstage, wird die Sache wegen versuchten Toichlags gegen den Arbeiter Ernst Kaufmann aus Wittenberg zur Aburteilung gelangen. — Eine weitere Anklage wegen Brandstiftung gegen die Ehefrau Ida Günther aus Schönwalde, die zur Verhandlung für den 26. Oktober vorgezogen war, kam in Wegfall.

Bad Brehß, 20. Oktober. Das Jahr 1926 ist ein Jubiläumsjahr für Brehß, denn in diesem Jahr wird 275 Jahre verfließen, daß auf Veranlassung des damaligen Besitzers des Schlosses, Wolf Christoph v. Arnim, Brehß die Stadtrechte verliehen wurden. Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, daß unsere Stadt zu damaliger Zeit, 1651, sich nicht Brehß, sondern Pröschsch schrieb.

Rohlaun, 20. Oktober. Die Rohlauner Zeitung konnte gestern auf ihr 75 jähriges Bestehen zurückblicken und gab aus diesem Anlaß eine 64 Seiten starke Jubiläumnummer heraus, die in interessanter Reichhaltigkeit ein gutes Preisgeld vom Rohlauner Werden und Sein bietet.



Original Miele
Das leichtlaufende Markenrad



Mielewerke
Aktiengesellschaft
Gütersloh i. Westf.
Fahrradfabrik in Bielefeld



Henkel's Scheuerpulver
ATA
putzt reinigt alles!
Überall zu haben

2 Hunde,
9 Wochen alt, abzugeben
Markt 25.

1 männl. Person,
Frau od. ält. Mädchen
zum Viechfüttern gesucht.
Werner Jahn,
Schweinitz (Elster).

Rote Speise-
Mohrrüben,
Zitr. 2,50 M., verkauft
Gustav Dubro.

Ein großer
Bretter-
Schuppen
steht zum Verkauf. Anskunt
in der Geschäftsstelle d. W.

Stalldünger
kauft jederzeit zu den
höchsten Preisen.
B. Böttcher & Bergfeld
Baumgärtnerei Raundorf.

Aschermittwoch!

Die Aktien-Malzfabrik Könnern,
Abteilung Flachsdrückeri, verlädt Dienstag, d. 3. November in Brettin und 4. November in Annaburg (Kleinbahnhof). Zu gleicher Zeit kann der gelieferte Leinamen abgeholt werden. Den Herren Flachsbanauern zur Kenntnis, daß unterzeichnete nur einmal verladen. Weitere Auslastung erteilt Julius Grönder, Annaburg.

Aktien-Malzfabrik Könnern.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß sich meine

Reparatur-Werkstatt

von jetzt ab Holzdorferstraße Nr. 17 (im Hildebrand'schen Grundstück) befindet.

Wilhelm Jitz.

Der richtige Weg, die richtigen Preise!

Blusen-Barchent von 80 Pf. an
Blusenstreifen 65 „ „
Cheviot „ 1,75 M. „
Musseline „ 90 Pf. an

— Crep marocain —
— Eolienne — Sammet.

Bezüge von M. 10,00 an

Inlett, federdicht
Hemden aller Art, Hosen
Schlupfer, Strickjacken
Strickwesten u. Mäntel
Herren-, Burschen- u. Kinder-Anzüge.

Ernst Beschte

Aderstraße :: Aderstraße



Nähmaschinen, Fahrräder, Centrifugen

in größter Auswahl zu billigstem Tagespreis, gebe auf Teilzahlung!

Markt 20 **Fritz Ködler,** Fernruf 53
Reparatur-Werkstatt und Emailkeramik
Autogen-Schweißerei.

Für Herbst und Winter!

empfehlen zu den billigsten Preisen:

Damen-, Backfisch- und Kinder-
Mäntel :: Sportwesten
Sportwolle eingetrossen

Seb. Schimmeyer

Zorgauer Kreistalender

Brets 75 Pfennig.

Köhler's Deutscher Kalender

Brets 60 Pfennig, vorrätig bei

Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Werkzeuge aller Art:

Schrot-, Bügel- und Sandfägen, Hobelisen, Stemmeisen, Feilen, Bohrer, Senfen, Sichel, Beile, Axt, Mauerhammer und -Aellen.

Haushaltungs-Geräte:

Tischmesser u. Gabeln, Fleisch- u. Reibmaschinen, Wagen und Gewichte, eiserne Ofen und Rohre. Pferdeshermaschinen.

Wilhelm Grahl.

Aschermittwoch!

Ansicht ohne Kaufzwang!

Zur gefl. Beachtung!

Einer geehrten Einwohnerschaft von Annaburg und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich meine

Reparatur-Werkstatt

für Fahr- und Motorräder, sowie Nähmaschinen in vollem Umfang wieder aufgenommen habe.

Sämtliche Reparaturen werden in eigener Werkstatt ausgeführt, wie Rahmen-, Gabel- und Felgenbrüche, Einmontieren neuer Räder, Tretelager usw.

Ersatzteile am Lager, was nicht vorrätig, wird angefordert. Auf Wunsch fertige auch neue Räder an.

Hochachtungsvoll

Hermann Meyer sen.

Zorgauerstraße 7.

Verkauf auch auf Teilzahlung

Kinderzeitung
"Die kleine Coco" oder
"Lachzeitung" "Tops"
gratis.

½ M nur 50-8



Rahma buttergleich

Voller Buttergenuss, aber nur halber Butterpreis

Möbel aller Art

fertige ich je nach Wunsch in einfachster bis reichster, jedoch nur solider Ausführung und kann bei Verwendung besten Materials infolge meiner Produktion vom Baumstamm im Walde bis zum Fertigprodukt

sehr preiswert

sein. Besichtigen Sie bitte die ständige Möbel-Anstellung und auch meine Werkstätten. Es ist stets unverbindlich für Sie.

Wilhelm Kunze.

Die gesuchten Saisonartikel!

Damen-, Backfisch- u. Kinder-Wintermäntel
Herren- und Knaben-Anzüge
Ulster :: Winterjoppen
Elegante Kleiderstoffe

stets Eingang von Neuheiten, Zibline, Ottomane, Wollraps, Wollrepe Popeline, Kasha.

Oberhemden :: Krawatten
Damen- und Kinderwäsche
Spezialität: Linoleum :: Gardinen.

Carl Quehl.

Versandkartons, M.-G.-V.

verschiedene Größen, sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß, Papierhandlg. keine Gefangstunde

Kebaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Aschermittwoch!

Zur gefl. Beachtung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Annaburg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, das ich von jetzt ab sämtliche

Dfensearbeiten u. Reparaturen

selbständig ausführe. Ich bitte höflich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, stets schnellste, sauberere und dauerhafte Arbeit zu soliden Preisen zu liefern.

Hochachtungsvoll

Bruno Waelisch,

Töpfermeister,

Annaburg, Belgestraße 4.

Schmidt's Zahn-Praxis,

zessen, nur Schweinigerstraße 18

tägl. v. 9-4 Uhr (nur neueste elektr. Einrichtungen). Künstl. Zähne von 2,00 Mk. an, Plombieren von 2,00 Mk. an, Goldkrone etc. Zahnziehen mit Betäubung (viele Anerkennungen). 30 jähr. eigene Praxis Erfahrungen — 15 Jahre in Zessen, Schweinigerstr. 18. NB. Wegen Fahrgeboten komme entgegen. Behandlung auch für Kassenmitglieder.

Jetzt ist es Zeit!

den Bedarf an
Kohlen
für den Winter einzudecken! Bestellungen auf Lieferung jedes Quantum nimmt von jetzt ab entgegen evtl. auch für spätere Lieferung

Otto Scheibe, Kohlenhandlung
Zorgauerstraße 32.

Ansichtskarten

neueste Aufnahmen vom Schloß usw. empfiehlt Herm. Steinbeiß, Buchhandlung

Theater-Abend

des Theater-Dilettantenklub „Thalia“
am Sonntag, den 1. Novbr. 1925
im Saale des Goldenen Ring.

Zur Aufführung gelangt:

Die Ehre.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Eintrittspreise: Nummerierter Platz 1,00 M.
Annummeriert 0,70 M.
Vorverkauf im Theaterlokal „Goldener Ring“.

Anschließend: Ball.

Anfang punkt 1/8 Uhr. Anfang punkt 1/8 Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ergeben ein

Der Vorstand.

NB. Es wird darauf hingewiesen, daß wegen der langen Spielbauer die Aufführung unbestätigt pünktlich 1/8 Uhr beginnt. Der Vorstand.

Für die vielen Glückwünsche u. Geschenke anlässlich unserer Hochzeit sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Naundorf, den 26. Oktober 1925.
Otto Kübsch und Frau
Martha geb. Chinius.

Statt Karten!

Für die zahlreichen Glückwünsche und Geschenke anlässlich unserer Vermählung danken wir herzlichst.

Annaburg, den 26. Oktober 1925.
Georg Solero und Frau
Elfe geb. Rosenberger.

Aschermittwoch!

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch
Sonntag (Ausgabe am Abend vorher).

Bezugspreis wird monatlich festschick
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Briefträger, die Zeitungsboten und die
Wochensche, Vorguerstr. 8, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebs-
störung usw. ersicht jeder Anspruch auf Ver-
sicherung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für anber-
haltige Wohnorte 7 Goldpf., für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteile
15 Goldpf., einschf. Umhängesteuer, Schmiege-
und tabellarischer Satz mit Ausschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher ebreiten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsamt.

Nr. 86.

Mittwoch, den 28. Oktober 1925.

28. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutschnationalen Reichstagsfraktionen von v. Schlieben haben nach dem Beschluß ihrer Reichstagsfraktion ihren Austritt aus dem Reichstagsklub erklärt. Die übrigen Minister werden vermutlich auf ihren Posten bleiben.
- * Die Stadtratsordnenen in Berlin ergaben Beschlüsse der kommunistischen Vertreter auf das Doppelte und Verminderung der vorkommenden auf Zweidrittel. Dadurch ist, zusammen mit den sozialdemokratischen Vertretern, mit einer sozialistischen Stadtratsmehrheit für Berlin zu rechnen.
- * Nach englischen Stimmen soll die Räumung Kölns nunmehr für Anfang oder Mitte Januar in Aussicht stehen.
- * Der Rüstungsrat ist in Paris zusammengetreten, um zum griechisch-bulgarischen Grenzkonflikt Stellung zu nehmen.

Krise im Reichskabinett. Austritt der Deutschnationalen.

Berlin, 26. Oktober.

Reichstanzler Dr. Luther unterrichtete schon gestern im Laufe des Tages den Reichspräsidenten von Hindenburg von dem vorausgerichteten Austritt der deutschnationalen Minister aus der Reichsregierung. Spät abends überbrachten die drei Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, veranlaßt durch den Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, dem Reichstanzler ihre Rücktrittsgesuch. Heute nachmittags überbrachte Dr. Luther dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch, nachdem vorher eine Besprechung der Minister stattgefunden hatte, bei der sich die ausstehenden Herren verabschiedeten. Die übrigen Minister haben sich dem Vornehmen nach dahin einverstanden, einen Gesamtrücktritt nicht in Betracht zu ziehen, sondern auf ihren Posten zu bleiben. Reichstanzler Dr. Luther hat dem Reichspräsidenten von dieser Stellungnahme der Minister ebenfalls Mitteilung gemacht. Der Reichstanzler verhandelt im weiteren mit einer Reihe von Parteiführern, auch solche das Kabinettskabinett die Beratungen fort. Es steht seine Aufgabe darin, die außenpolitischen Arbeiten fortzusetzen und dem Reichstag rechtzeitig vor dem 1. Dezember das Gesamtergebnis dieser Arbeit zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Eine Reichstagsaufsitzung kommt vorläufig nicht in Frage.

Der für die bisherigen deutschnationalen Reichsminister maßgebende Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde in Anwesenheit von 60 Mitgliedern nach längerer Beratung Sonntagabend gefaßt. Reichsinnenminister Schiele war anwesend, Graf Westarp führte den Vorsitz. Der einstimmig angenommene Beschluß lautet: „In Verfolg des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. d. M. und des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober bittet die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, noch heute durch den Herrn Reichstanzler ihre Entlassung nachzugehen.“

Was wird geschehen?

Die durch die teilweise Kabinettskrise bei der Reichsregierung entstandene Lage betrachtet ein parlamentarischer Mitarbeiter wie folgt:
Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat, wie vorausgesehen war, ihre Zustimmung zu der Entschließung des Vorstandes und der Landesvorsitzenden ihrer Partei gegeben und damit das Vertragswort von Locarno, wie es vorliegt, abgelehnt. Aus diesem Beschluß haben dann die drei deutschnationalen Reichsminister, die Herren Schiele, Neuhaus und v. Schlieben, die Folgerungen gezogen: Sie haben dem Reichstanzler Dr. Luther ihr Entlassungsgesuch überreicht. Der Reichstanzler hat dieses Gesuch dem Reichspräsidenten übermittelt.

Was wird nun geschehen? Diese Frage läßt sich nicht ganz leicht beantworten, weil eine ganze Reihe von Möglichkeiten besteht, wie das Kabinetts die Regierung weiterführen kann. An einen Gesamtrücktritt des Kabinetts Luther glaubt man zuerst nicht, trotzdem Dr. Luther parlamentarisch auch für die Weiterführung seiner Politik auf die Sozialdemokratie nicht rechnen kann, das ist von den Organen dieser Partei wiederholt ausgesprochen worden. Technisch denkbar ist natürlich auch, daß die drei erkrankten Ministerien vor-

läufig durch Staatssekretäre verwaltet werden, zum mindesten bis zu der Zeit, da der Reichstag zusammentritt, also voraussichtlich dem 19. November. Es ist aber noch gar nicht sicher, ob nicht der Reichsfinanzminister von Schlieben und der Reichswirtschaftsminister Neuhaus ersucht werden, ihre Ämter vorläufig beizubehalten, weil diese beiden Herren nicht als deutschnationale dem Kabinetts beigetreten sind — beispielsweise ist Schlieben nicht Mitglied der Partei —, sondern als Sachleute. Beide sind vor ihrer Ministerzeit leitende Beamte in ihren späteren Ministerien gewesen. Aus Kreisen der Mittelpartei, die einen endgültigen parlamentarischen Bruch mit den Deutschnationalen nicht wollen, also vor allem von der Deutschen Volkspartei, wird diese Lösung empfohlen, da dadurch eine bessere Verwaltung der letzten Ministerien möglich wäre und ferner vor allem die Brücken nach rechts nicht ganz abgebrochen würden. Die größere Autorität eines Ministers garantiert zweifellos auch eine straffere und einheitlichere Leitung des Ministeriums, als wenn ein Staatssekretär diese Leitung in der Hand hat; ein derartiger Staatssekretär, der doch die Leitung vielleicht schon sehr bald abgeben muß, würde sich wahrscheinlich hüten, Entscheidungen zu treffen, durch die er den Nachfolger leistung.

Der Gedanke der Reichstagsaufsitzung und -nenennung, der zuerst ganz im Vordergrund stand, ist wieder etwas zurückgetreten. Das Ergebnis der Berliner Stadtratswahl, die den Deutschnationalen einige Mandate mehr brachte, der Deutschen Volkspartei dagegen eine überaus große Niederlage zugunsten der Linksparteien bereite, dürfte auf die Entscheidungen des Vorstandes dieser Partei, Dr. Stresemann als, vielleicht einwirkt in dem Sinne, daß das Ergebnis der Neuwahlen wohl kaum einen Sieg über die deutschnationale Volkspartei bringen würde, sondern bei diesen keine Schwächung veranlassen, vielmehr wie in Berlin nur zu einer Verstärkung der sozialistischen Listen führen würde. Man kann nicht daran vorbeigehen, daß die Kommunisten ihre Mandate in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verdoppelt haben, diese Partei also anscheinend ihren Tiefstand überwunden hat. An der Stärkung der Linksparteien aber haben Minister Dr. Luther und Dr. Stresemann kein besonderes Bedenken, weil sich ja die Sozialisten selbst in der Beurteilung des Gesamtergebnisses nicht hoch von der Volkspartei sehr stark unterscheiden und auch die ganze Politik Dr. Luthers nicht bezüglich der weiteren Verhandlungen Locarno.

Daher ist wohl der Gedanke an die herbeiführende großen Koalition, der gleichfalls in den Zentrumskreisen aufschwung, kaum zu erwarten, weil man sich auch in einer solchen Koalition über Ziel und Methode für die nächsten Wochen ebensowenig einig wäre wie in der gegenwärtigen Koalition. Es kann also mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß innerpolitisch eigentlich nichts geschieht, was das deutsche Volk in seiner Wahlkraft berührt, daß vielmehr nur Stresemann, hinter sich ein politisch vorläufig nicht wie bisher zusammengefügtes Kabinetts, ihre Vorkorrekturen werden, aus dem Vertrag von Locarno abzuholen, was herauszuholen ist um schließlich die Frage des Unterzeichnens oder Unterzeichnens vorzulegen. Staatssrechtlich liegen Dinge so, daß zwar das Reich durch die Partei und die Unterzeichneten Stresemanns gebunden ist. Freilich müßten bei einer Ablehnung der Unterzeichnung des Deutschen Reiches die endgültigen Unterzeichneten sich zur Unterzeichnung durch die Minister daraus die Folgezeit zeigen, zum wenigsten ein veränderter Reichstagsbescheid nicht an ein Ministeriumsvotum darstellt. Dann bliebe einer derartigen Beschlußfassung nach die Möglichkeit Reichstag aufzulösen und in einer neuen deutschen Volk vor die Frage zu stellen, ob es sich für oder gegen Locarno entscheide. Technisch möglich wäre eine neue Wahl, die dann erst gegen Ende November derartige Neuwahl, die zum ersten Mal seit dem 1. Deutschen Reich gefaßt werden könnte, nämlich vor dem 1. Dezember nicht mehr. Dr. Luther würde somit schwerlich die neuen Reichstag stellen müssen, der das Schicksal des Kabinetts nicht nur, sondern auch des von Locarno entstehenden.

Mit großer Entschiedenheit werden in einem Artikel der „Stimme aus dem Zentrum“
Berlin, 26. Oktober.

„Berantwortlichen“ gegen die Idee, den Vertrag von Locarno ohne die Deutschnationalen vor Aufhebung des Reichstages zu verabschieden. Das Blatt schreibt: „Das Zentrum wird nie einen Finger breit von der Linie seiner Bestäubungspolitik abweichen. Es wird unter allen Umständen den Geist von Locarno wachhalten, wird sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzen, daß die Verdringung Europas möglichst bald zur Tatsache wird. Aber dem Wortlaut des Vertrages von Locarno wird und kann es nur zustimmen, wenn auch seine Äußer, die Deutschnationalen, mit bei der Partei sind. Findet der Vertrag keine Mehrheit, die von Westarp bis Breitscheid reicht, dann kann dieser Reichstag das Problem Locarno nicht lösen. Und wenn es zur Befragung des Volkes kommt, werden wir dafür sorgen, daß die Situation nicht durch die Fragestellungen wie: „Für oder gegen Locarno“ verwirrt wird.“

Wann wird Köln geräumt?

London, 26. Oktober.

Das Blatt „Daily Express“ läßt sich aus Köln melden, es befürchte für dieses Jahr eine Ausfahrt auf Räumung des Kölner Brückendammes. Eine Entladung des Wiesbadener Gebiets, in das die Befragung überführt soll, werde wahrscheinlich diese Woche beginnen. Es befürchte die Aussicht, wenn der Locarno im Dezember unterzeichnet worden sei, die Räumung der Mitte Januar beginnen zu lassen. Gleichzeitig werde eine große Verminderung in der Stärke des britischen Besetzungsheeres vorgenommen werden, da es bereits unter der im Versailles-Vertrag festgelegten Stärke sich bewege.

Dazu sagt der attische englische Funddienst: „Die Nachricht, daß der Oberkommandierende der englischen Streitkräfte in Köln angewiesen worden ist, beschleunigte Vorkehrungen für die Räumung dieser Stadt zu treffen, Wirkung der Räumung erforderlich natürlich einige Zeit, aber wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, kann damit gerechnet werden, daß die Räumung am Anfang des neuen Jahres durchgeführt sein wird. Da die Rheinlandbesetzung eine Angelegenheit der Ministerien ist, wird sich daran beteiligen. Die im Rheinland wohnen sollen / in die Gegend von Köln, wo man sie neben den französischen“

Mehrheit in Berlin.

Die sozialistische Mehrheit in Berlin, die am Sonntag in den Wahlen, haben der Reichshauptstadt, wenn diese auch nur Klein ist, setzte sich aus 110 Vertretern und 115 Vertretern der nicht-geheften Parteien über etwa 700 Stimmen der hiesigen Parteien, bestehend aus noch nicht fest, steht zwischen Sozialdemokraten und ob sich überhaupt die sozialistischen Parteien prä-

der neuen Stadtverordnetenversammlung erhalten: die Sozialisten 74 (bisher 46 und 44), die Deutschnationale Volkspartei 13 (bisher 17), die Christlichsozialistische Volkspartei 7 (bisher 8), die Sozialistische Partei 3 (bisher 1) und 3 (bisher 0).

Die Wahlen haben bei den Wählern die Sozialisten abgeholt, die ihren Verbleib in Berlin, einer ihrer Hochburgen, mehr als verdoppeln konnten. Ebenso hat die Rechte etwas gewonnen, da außer dem Mandatsgewinn der Deutschnationalen auch die Wähler, die Sozialisten und der Evangelische Gemeindeforschungsband an Stimmen gewonnen haben. Auch die Demokraten haben einen Stimmengewinn erfahren, während die Deutsche Volkspartei am schlechtesten bei den Wahlen abgekommen ist, da sie fast zwei Drittel ihrer Mandate eingebüßt hat. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 60 Prozent.

Blutige Zusammenstöße.

Während des Wahltages ist es an mehreren Stellen Groß-Berlins zu blutigen Zusammenstößen zwischen den

